



Annelie Buntenbach
(Mitglied des
Geschäftsführenden
Bundesvorstandes)

DGB stellt Programm gegen Altersarmut vor: Chancen nicht verspielen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert die Bundesregierung zu einem entschlossenen Handeln gegen die drohende Altersarmut auf. "Altersarmut ist eine tickende Zeitbombe, und die Koalition darf die Chance nicht verspielen, sie rechtzeitig zu entschärfen. Wenn die Bundesregierung allerdings nur Placebos anbietet und gleichzeitig die Nachhaltigkeitsrücklage verpulvern sollte, kann sie sich den Regierungsdialog gleich ganz sparen. Der Kampf gegen Altersarmut lässt sich nicht zum Nulltarif gewinnen", sagte Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied anlässlich der Vorstellung der gewerkschaftlichen Anforderungen an den Regierungsdialog zur Altersarmut.

"Wenn die Bundesregierung nicht endlich handelt, ist Altersarmut in Zukunft kein Randphänomen mehr, sondern wird drastisch zunehmen. Insbesondere in Ostdeutschland droht ein Anstieg von Mini-Renten unter 700 Euro von heute vier auf 28 Prozent bei Männern und von 36 auf 57 Prozent bei Frauen. Ursachen sind der boomende Niedriglohnssektor und die Rentenkürzungen, die sich im Jahr 2030 auf bis zu 25 Prozent summieren. Die Bundesregierung muss das Problem deshalb an beiden Enden gleichzeitig anpacken, den Arbeitsmarkt in Ordnung bringen und die Rentenleistungen verbessern.

Notwendig ist ein Sofortprogramm, das langfristig wirkt. Dazu gehören neben der Eindämmung von Armutslöhnen und der Neuaufgabe der steuerfinanzierten 'Rente nach Mindesteinkommen' insbesondere eine wirksame Verbesserung der Erwerbsminderungsrente und der Reha-Leistungen sowie die Abschaffung der *Rente mit 67*.

Unser Team.

Doris Loetz	Heike Inga Ruppender Maxi Spickermann Petra Köhler	Ingo Nürnberger	Dirk Neumann	Knut Lambertin	Marco Frank	Dr. Hanns Pauli	Marina Schröder	Oliver Suchy
Sekretariat Annelie Buntenbach 24060-260	Sekretariat Sozialpolitik 24060-725 24060-743 24060-712	Abteilungsleiter Sozialpolitik	Alterssicherung Rehabilitation	Gesundheitspolitik Krankenversicherung	Pflege Selbstverwaltung	Arbeits- und Gesundheitsschutz	Unfallversicherung Arbeits- und Gesundheitsschutz	Politische Koordination Kampagnen Sozialpolitik

Wir fordern Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen deshalb auf, die Spielräume der Nachhaltigkeitsrücklage der Gesetzlichen Rentenversicherung zu nutzen, um die Alterssicherung armutsfest zu machen. Dazu schlagen wir vor, den Beitragssatz der Gesetzlichen Rentenversicherung konstant bei 19,9 Prozent zu belassen. Dadurch könnten alle notwendigen Maßnahmen finanziert werden. Die Rücklage würde trotz der Mehrausgaben gegen Altersarmut und der demografischen Entwicklung selbst bis zum Jahr 2025 noch über 18 Mrd. Euro betragen. Diese Spielräume dürfen nicht einer waghalsigen Beitragssatzsenkung geopfert werden".

Das DGB-Sofortprogramm zur Vermeidung von Altersarmut:

- Kostenneutrale Sicherungselemente:
Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde
Equal Pay in der Leiharbeit
- Steuerpolitisch relevante Sicherungselemente:
Wiedereinführung der 'Rente nach Mindesteinkommen'
Stopp der Subventionierung von Niedriglöhnen
- Beitragsrelevante Sicherungselemente:
Aufwertung der Erwerbsminderungsrente
Abschaffung der *Rente mit 67*
Erhöhung des Reha-Budgets

Darüber hinaus fordert der DGB die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung und die steuerfinanzierte Absicherung von ALG-II-Bezieherinnen/-Beziehern. Dadurch würden sich die Finanzspielräume der Rentenversicherung zur Vermeidung von Altersarmut weiter vergrößern.

Die Anforderungen des DGB an den Regierungsdialog Rente und weitere aktuelle Papiere zu den Themen finden Sie auf www.ichwillrente.net beziehungsweise unter diesem Kurzlink:

<http://bit.ly/rbXuGI>

Bestellen können Sie unseren Newsletter seit April 2010 auf unserer Homepage unter folgender Adresse: <https://www.dgb.de/service/newsletter>.

Zum Abbestellen des Newsletters benutzen Sie bitte folgenden Link:

<https://www.dgb.de/service/newsletter?unsubscribe=dgb.bv.sozialpolitik>